

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Niemand bleibt unberührt von den Bildern, die den Zusammenbruch der irakischen Diktatur, den Jubel der unterdrückten Iraker und das Willkommen der amerikanischen Truppen in Bagdad zeigen.

Für alle, die sich für Freiheit, Frieden und Menschenrechte in der Welt engagieren, war Mittwoch ein guter Tag. Vergessen wir aber angesichts der letzten Wochen auch nicht: Es gibt noch viele Unwägbarkeiten. Es ist zu hoffen, dass die militärischen Aktionen in den kommenden Tagen jetzt schnell und ohne große weitere Opfer erfolgreich zu Ende gebracht werden können (weitere Infos S.2).

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser schwierigen und unruhigen Zeit wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besonders frohes und gesegnetes Osterfest.

Vielleicht finden Sie etwas Zeit, auszuruhen oder mit der Familie etwas zu unternehmen; ich werde es auch tun.

Übrigens: Wegen der Osterpause erscheint die nächste Ausgabe von *BERLIN Die Woche* erst am 09.05.2003!!

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Der Anfang vom Ende	...S.2
Voller Erfolg für die Union	...S.3
SPD unter Druck	...S.4
Versagen in der Gesundheitspolitik	...S.4
SPD versorgt Ex- Regierungssprecher	...S.5
Ex- Minister auch gut versorgt?!?!	...S.5
Regierung hielt Unterlagen zurück	
Keine Belebung des ArbeitsmarktesS.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Der Anfang vom Ende



►► Für die Politik wird es dringend Zeit, die Lehren aus dem westlichen Zerwürfnis zu ziehen, um bei der Debatte um den Nachkriegs-Irak nicht in den gleichen Mustern fortzufahren. Leider erwecken die Bilder der fortgesetzten Außenminister-Treffen Iwanow-Villepin-Fischer den Eindruck, als wolle die Bundesregierung die Achsenbildung gegen die USA und Teile Europas fortsetzen. So wird jeder Vorstoß von Europas wichtigstem Freund in der US-Administration, Außenminister Powell, etwa zu einer stärkeren Rolle der NATO, sogleich zurückgewiesen.

Die belgisch-französisch-deutsche Initiative zu einer europäischen Verteidigungsunion könnte nach Zeitpunkt, Art und Weise und Kreis der Beteiligten nicht unglücklicher sein.

Man hätte Großbritannien, die Niederlande und etwa Polen einladen müssen, um jedes Signal zu vermeiden, dass der Vorstoß gegen die NATO und gegen die USA in Europa gerichtet ist.

Man fragt sich einmal mehr, wie die schönen Worte von Gerhard Schröder in der letzten Woche im Bundestag zur europäischen und transatlantischen Partnerschaft und das tatsächliche Agieren der Bundesregierung zusammenpassen.

In den kommenden Monaten und Jahren wird es darauf ankommen, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik neu zu begründen, damit die transatlantische Partnerschaft und die konstruktive Ausrichtung der deutsch-französischen Freundschaft auf die europäische Integration wieder zu tragenden Säulen einer jeden Bundesregierung werden.

In den letzten Tagen wurde spürbar, dass die klare Haltung der Union, die auch unter Druck beibehalten wurde, sich in zunehmender Achtung niederschlägt. Darauf muss unsere konzeptionelle Arbeit für die erneuerten Grundsätze unserer Außenpolitik aufbauen. ◀◀

Voller Erfolg für die Union



►► Voller Erfolg für die Steuerpolitik der Union! Das Ergebnis des Vermittlungsausschuss zeigt:

Die Union hat sich mit ihren Vorhaben durchgesetzt, die rot-grünen Steuererhöhungen zu verhindern:

Ob es die Besteuerung der Firmenwagen, die volle Mehrwertsteuer auf Schnittblumen, umfassende Kontrollmitteilungen der Banken an den Fiskus, die Besteuerung von jeglichen privaten Veräußerungsgewinnen oder die Kürzungen bei der Eigenheimzulage sind: All dies wird nicht kommen.

Auch eine Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten wurde nicht beschlossen.

Bei der Körperschaftsteuer haben wir uns auf ein dreijähriges Moratorium und eine anschließende Streckung der Erstattung von Steuerguthaben geeinigt, um das Aufkommen aus dieser Steuer wieder zu verstetigen.

Der steuerliche Gestaltungsmissbrauch bei der Mehrmütter-Organschaft wurde eingedämmt. Zugleich hat die Union darauf geachtet, dass dadurch nicht der Anreiz zum Kapitaleinsatz von natürlichen Personen betroffen ist, etwa als stille Teilhaber zur Vorbereitung von späteren Erbnachfolgen in der Betriebsinhaberschaft.

Ingrid Fischbach: "Das entspricht genau unserer Linie aus den Wahlkämpfen zum Bundestag und den Landtagen von Hessen und Niedersachsen: Die Entlastung der großen Unternehmen auf einen Steuerbeitrag von Null durch die Fehler der rot-grünen Steuerreform muss hin zu einer akzeptablen Verteilung der Lasten korrigiert werden, damit die kleinen Personengesellschaften und der normale Lohnsteuerzahler nicht für das gesamte Ertragssteuer-Aufkommen herhalten müssen."

(Ausführliche Unterlagen können Sie über mein Wahlkreisbüro erhalten!) ◀◀



Wußten Sie schon,

...daß 1,4 Millionen gerichtliche Zwangsmaßnahmen gegen säumige Schuldner eingeleitet wurden, 7,2 Prozent mehr als 2001? Die Zahl der Offenbarungseide stieg um 6,3 Prozent auf fast 900 000. Gegen rund 471 000 Schuldner ergingen Haftanordnungen."

SPD unter Druck



▶▶ Heftige Auseinandersetzungen im Regierungslager. Trotz des Drucks der objektiven Lage wachsen die internen Widerstände. In der SPD-Bundestagsfraktion wird mit Nein-Stimmen zu den Schröder-Plänen gedroht. Der Hamburger SPD-Landesverband, dessen Vorsitzender Generalsekretär Olaf Scholz ist, und die Landesverbände Hessen und Saarland üben heftige Kritik unter dem ironischen Stichwort: „Projekt 18 für die SPD“. Der designierte niedersächsische SPD-Chef Wolfgang Jüttner sagt, es fehle der SPD eine „Vision, wo sie überhaupt hin will“, „etwas Sinnstiftendes“. Die Gewerkschaften befürchten „Sozialabbau“ und drohen mit einem „heißen Mai“. Die Grünen müssen im Gegensatz zu ihrem Reformanspruch einen Sonderparteitag abhalten, bei dem größere Teile der Basis eine Abschwächung der Pläne des Bundeskanzlers verlangen. ◀◀

Versagen in der Gesundheitspolitik

▶▶ | Der regierungs-interne Streit hat sich auch auf die Arbeit der Rürup-Kommission ausgewirkt.

Sie hat sich weder auf das Kopfpauschalen-Modell des Vorsitzenden Rürup noch auf den Vorschlag von Chefberater Lauterbach für eine Volksversicherung auf alle privaten Einkommen einigen können. Damit ist die Aufgabe, eine langfristige Finanzierung der GKV zu entwickeln, ungelöst. Die Drohung des Bundeskanzlers mit der Auflösung der Kommission hat nicht nur zu Schweigen während der Beratung, sondern auch zum Schweigen bei der Antwort geführt.

Die daneben vorgeschlagenen Einsparungen sind mit vielen Fragezeichen versehen. Finanzminister Hans Eichel stellt sich gegen das Vorhaben, versicherungsfremde Leistungen der Krankenkassen aus Steuermitteln zu tragen. Die Verlagerung der Krankengeldabsicherung auf die Arbeitnehmer wirft viele

ungelöste Fragen auf, z.B. die gerechte Entlastung der Rentner. Die obligatorischen Praxisgebühren widersprechen dem Bonussystem im Hausarztmodell von Gesundheitsministerin Schmidt. SPD-Gesundheitsexperte Dreßen zum Lob von Generalsekretär Scholz für die Rürup-Vorschläge: „Dem ist nicht mehr zu helfen. Ich fühle mich ver--scht.“ ◀◀



SPD versorgt Ex- Regierungssprecher

▶▶ Für die lukrative Versorgung des ehemaligen Regierungssprechers Uwe-Karsten Heye werden alle Register gezogen: Zunächst wurde der langjährige Schröder-Vertraute unter Beibehalt seiner Dienstbezüge in den einstweiligen Ruhestand versetzt, was beamtenrechtlich eigentlich nur möglich ist, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen dem politischen Beamten und seinem Vorgesetzten gestört ist, was in diesem Fall kaum zutreffen dürfte. Und jetzt soll Heye als Generalkonsul in New York installiert werden. Ab Juli wird Heye an sämtlichen Karriereleitern des Auswärtigen Amtes vorbei den beliebten Repräsentationsposten übernehmen. (Quelle: Der Spiegel 15/2003) ◀◀

Ex- Minister auch gut versorgt?!?!

▶▶ Ein ziemliches „Geschmäcke“ hat die Bestellung von Ex-Wirtschaftsminister Werner Müller zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG. Denn Großaktionär E.On-Ruhrgas wurde durch die Ministererlaubnis von Müller noch im letzten Jahr gegen den Widerstand des Bundeskartellamtes massiv begünstigt. Der RAG-Vorgänger von Müller war der hessische SPD-Ex-Finanzminister Starzacher. Nichts gegen Politiker, die wegen ihrer Qualitäten auch Erfolg in der Wirtschaft haben, eine reine Neid-Debatte wäre völlig unangemessen. Aber größte Vorsicht vor dem Eindruck, andere Gründe als die per-



Spruch der Woche

"Ich hoffe, daß von dieser Messe ein Signal ausgeht, daß diese verfluchte Nörgelei aufhört."

Gerhard Schröder,
Bundeskanzler,
auf der Hannover Messe

sönlichen Qualitäten könnten den Ausschlag gegeben haben. Ex-Minister tragen auch nach Ausscheiden eine besondere Verantwortung für die Glaubwürdigkeit von Politik. <<<



Regierung hielt Unterlagen zurück

▶▶ Ende August 2002 warnte das Bundesversicherungsamt die gesetzlichen Krankenkassen in einem Rundschreiben davor, Kredite aufzunehmen, um finanzielle Engpässe auszugleichen. Stattdessen sei die Anhebung der Beiträge zu prüfen. Das Bundesgesundheitsministerium hat dieses Schriftstück dem Untersuchungsausschuss erst zur Verfügung gestellt, nachdem Ausschussmitglieder über andere Quellen Kenntnis von dessen Existenz erhalten hatten.

Die Begründung: Angeblich habe der Brief „keinen Bezug zum Beweisthema“. (Quelle: Die Welt 3.4.2003) <<<

Keine Belebung des Arbeitsmarktes

▶▶ Der Frühjahrsaufschwung am Arbeitsmarkt blieb im März aus: Der saisonbedingte Rückgang der Arbeitslosenzahl fiel überraschend gering aus. Eine Besserung ist laut BA nicht in Sicht.

Ingrid Fischbach: „Ende März waren 561.800 Arbeitslose jünger als 25 Jahre, 56.700 mehr als vor einem Jahr. Der Anstieg wäre noch höher gewesen, wenn er nicht durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in Grenzen gehalten worden wäre.“

Ende März befanden sich 558.000 junge Menschen in Maßnahmen aktiver Arbeitsförderung. Gegenüber dem Vorjahr waren das 23.000 mehr.“ <<<



... das Allerletzte!

Eigentlich sollte das Dosenpfand den Gebrauch von Mehrwegflaschen fördern. Doch die Rechnung scheint beim Bier nicht aufzugehen. Die Deutschen wechseln ungern zur Flasche- sie trinken weniger. In den ersten beiden Monaten 2003 sank der Verbrauch um 8,2 Prozent, so die Arbeitsgemeinschaft Marke und Verpackung Deutscher Brauereien (AMV). Hält der Trend an, entgehen den Ländern 2003 voraussichtlich fast 67 Millionen Euro an Einnahmen aus der Biersteuer!!